Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 55 (1963)

Heft: 1

Artikel: Die sozialen Nöte der Überflussgesellschaft

Autor: Henschel, Rudolf

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354059

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die sozialen Nöte der Überflußgesellschaft

I

Die Frage nach den sozialen Nöten einer Ueberflußgesellschaft erscheint paradox, wenn sowohl der Begriff der sozialen Not als auch der des Güterüberflusses im eigentlichen Sinne dieser Worte verstanden wird. Vielfach findet man daher die Auffassung, daß mit der Entwicklung zur Ueberflußgesellschaft die soziale Not automatisch verschwindet, oder daß der Nachweis weiterhin bestehender Not ein Beweis dafür ist, daß es keine Ueberflußgesellschaft gibt. Tatsächlich stehen aber soziale Nöte und Güterüberfluß nicht im Widerspruch zueinander, wenn sich auch mit der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Charakter und die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Not wandeln.

In der Vergangenheit erforderte der Nachweis sozialer Not, d. h. der Nachweis unzureichender materieller Existenzsicherung, keine erkenntnistheoretischen Anstrengungen. Hunger, unzureichende Bekleidung und unzureichende Wohnung waren von Anbeginn der menschlichen Geschichte im Gefolge von Naturkatastrophen, Seuchen und Kriegen bekannt. Wenn ganze Völker und Landstriche von derartigen Notzeiten betroffen wurden, wurden derartige Notstände allerdings nicht als ein besonderes «soziales» Problem empfunden. Auch Einzelfälle, die dadurch eintraten, daß der Familienvorstand starb oder unfähig wurde, seine Familie zu ernähren, hat es immer gegeben. In diesen Fällen trat jedoch die Gemeinschaft, in der diese Familie lebte, an die Stelle des einzelnen Ernährers. Die Not wurde damit nicht beseitigt, aber sie blieb begrenzt. Als ein besonderes soziales Problem wurden derartige Einzelfälle gleichfalls nicht empfunden, weil sich die auf Gegenseitigkeit beruhende soziale Hilfe automatisch aus der bestehenden Gemeinschafts- und Gemeindestruktur ergab.

Materielle Not als soziales Problem tritt dagegen mit dem Beginn der industriellen Entwicklung auf. In der Frühphase der Industrialisierung wird mit der Auflösung der alten ständischen Ordnung und der Trennung von Arbeit und Eigentum die soziale Not für große Bevölkerungsgruppen typisch. Die als Proletarier bezeichneten besitzlosen Hilfsarbeiter der frühkapitalistischen Phase lebten in ständiger Not am Rande der Existenzfähigkeit. Sowohl die Beschreibung der Lage der arbeitenden Klasse in England durch Friedrich Engels wie auch die «Milieuzeichnungen» des Berliner Graphikers und Malers Heinrich Zille geben ein eindeutiges Bild dieser für ganze Bevölkerungsgruppen chronischen Notsituation.

Dieses chronische Massenelend rief zwangsläufig eine entsprechende Sozialkritik hervor. Die Geburtsstunde der industriellen Not war damit auch die Geburtsstunde der modernen sozialen Ideen.

Ausgangspunkt dieser Ideen war die Ueberwindung jener Gesellschaftsordnung, die sichtbar nicht imstande war, das bestehende Elend von sich aus zu überwinden. Die in dieser Zeit geprägten Vorstellungen und Begriffe bestimmen aber auch noch heute unsere Sprache und Vorstellungswelt. Dies ist eine Gegebenheit, mit der wir rechnen und mit der wir uns auseinandersetzen müssen, selbst, wenn sich die sozialen Bedingungen gewandelt haben.

Mit der weiteren technischen Entwicklung, der weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität milderte sich auch das Massenelend. In den Phasen der Hochkonjunktur konnte mit Erreichung der Vollbeschäftigung von einer allgemeinen Ueberwindung des Elends gesprochen werden. Der größere und breitere Wohlstand, der mit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung eintrat, wurde aber periodisch durch das noch größere Elend der Massenarbeitslosigkeit unterbrochen. Nicht mehr die gesellschaftliche als vielmehr die wirtschaftliche Ordnung geriet damit in das Kreuzfeuer der Kritik. Es blieb nur die Frage, ob beides als eine Einheit aufzufassen sei oder ob das wirtschaftliche Problem der konjunkturellen Schwankungen getrennt von den übrigen gesellschaftlichen Fragen der Staats- und Eigentumsordnung gelöst werden könnte.

Die vorherrschende Meinung ist heute die, daß das wirtschaftliche Problem getrennt von der gesellschaftlichen Ordnung lösbar ist. Gleichzeitig müssen wir aber erkennen, daß selbst die Lösung des wirtschaftlichen Problems das soziale Problem nicht beseitigt und daß mit der Lösung vergangener Probleme neue Probleme entstehen.

II

Wir leben heute im kapitalistischen Bereich im Uebergang zu einer neuen Phase der industriellen und gesellschaftlichen Entwicklung. Für diese Phase haben sich die Bezeichnungen Ueberfluß-, Wohlstands- oder Konsumgesellschaft eingebürgert. In ihrer reinen, in Europa noch kaum erreichten und vor allem noch nicht gesicherten Form kann diese Gesellschaft folgendermaßen gekennzeichnet werden:

1. Das Dauerelend für bestimmte größere Gruppen der Erwerbstätigen ist überwunden.
2. Das periodisch wiederkehrende Elend der Massenarbeitslosigkeit scheint durch eine weitgehende Konjunkturstabilisierung vermeidbar.
3. Die ständige Steigerung der Güterproduktion und des Güterverbrauchs je Kopf der Bevölkerung ist die Regel.

Der hohe Stand des Güterverbrauchs und die ständige weitere Steigerung der Güterproduktion ist das auffallendste Merkmal. Wir können davon ausgehen, daß die durchschnittliche Steigerung der

realen Gütererzeugung je Kopf der Bevölkerung in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren sicherlich 5 bis 6 Prozent, mindestens aber 3 bis 4 Prozent betragen kann. Kriege oder andere gesellschaftliche Katastrophen könnten diese Entwicklung blockieren. Bleiben derartige politisch vermeidbare Katastrophen aber ausgeschaltet, dann müssen wir unter den gegenwärtigen Bedingungen mit einer Verdoppelung des Güterangebots je Kopf der Bevölkerung innerhalb einer Generation rechnen; das bedeutet eine Verdoppelung unseres gegenwärtigen Lebensstandards in 12 bis 24 Jahren.

Doch selbst diese wirtschaftliche Entwicklung, die den sozialen Fortschritt zwangsläufig einschließt, bringt keine Beseitigung der sozialen Not. Auch die künftige Gesellschaft entbehrt nicht ihrer eigenen sozialen Problematik. Wir können daher auch im Idealfall einer künftigen Wohlstandsgesellschaft drei nach Ursache und Charakter unterscheidbare Erscheinungsformen der sozialen Not feststellen.

III

Echte materielle Not – wie wir sie für frühere Phasen der menschlichen Geschichte festgestellt haben – tritt nicht mehr als Massenelend in Erscheinung, besteht aber als Einzelfall weiter. Diese Not betrifft Personen, die infolge körperlicher und geistiger Gebrechen nicht vollerwerbsfähig sind oder sich nicht selbst ernähren können. Diese Notstände treten verstärkt auf infolge von Kriegen und politischen Wanderungsbewegungen. Das Flüchtlingselend stellt einen besonderen markanten Notstand dieser Art dar. Ohne soziale Hilfsmaßnahmen würde diese Not genauso groß sein wie in früheren Jahrhunderten. Das Entscheidende hierbei ist, daß diese durch besondere Umstände bedingten Notfälle mit dem allgemeinen Anstieg der sozialen Wohlfahrt nicht mehr weiter zurückgehen und daß diese Not durch den allgemeinen sozialen Fortschritt keineswegs von allein überwunden wird. Für diese Notfälle müssen die in der Vergangenheit geschaffenen sozialen Hilfseinrichtungen – unabhängig von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung – erhalten und ausgebaut werden. Schließlich können wir feststellen, daß diese Notstände zwar nicht allein für die Ueberflußgesellschaft typisch sind und auch nicht durch sie geschaffen wurden, wohl aber in ihr nach Ueberwindung des allgemeinen Massenelends erstmals voll sichtbar werden.

Von diesem ersten Bereich unterscheidet sich ein weiterer sozialer Notstand, der überall auftritt, wo im Verlauf der technischen Entwicklung und des entwicklungsbedingten Ausbaues der internationalen Arbeitsteilung traditionelle Berufe überflüssig werden und einzelne Wirtschaftsbereiche stagnieren oder absterben. Derartige Entwicklungsprozesse beinhalten stets eine Verminderung der Beschäftigung und eine Reduzierung der Betriebe und damit der

Anzahl der selbständigen Betriebsleiter. Arbeitnehmer und Arbeitgeber verlieren im Bereich dieser Strukturwandlung ihre bisherige Existenzgrundlage, ohne daß dafür konjunkturelle Störungen oder persönliche Unzulänglichkeiten des Betreffenden verantwortlich gemacht werden können. Diese «strukturgeschädigten» Personen erfahren eine Notsituation, die weder mit Maßnahmen der klassischen Konjunkturpolitik noch mit karitativen Hilfsmaßnahmen überwunden werden kann. Diese arbeitsfähigen und erwerbswilligen, aber aus ihrer bisherigen Existenz herausgeworfenen Personen benötigen Beratung und finanzielle Hilfe, um in andere Berufe und Wirtschaftszweige überwechseln zu können. Sie benötigen Hilfeleistungen der Gemeinschaft, die nicht in die klassische Kategorie der Sozialpolitik fallen, sondern Bestandteil einer modernen Wirtschaftspolitik sein sollten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß derartige Strukturwandlungen keine Ausnahmeerscheinungen sind. Sie sind Folgeerscheinungen des wirtschaftlichen Wachstums und stellen damit eine echte Begleiterscheinung jeder Wohlstandsgesellschaft dar.

IV

Von besonderer Bedeutung ist jedoch das dritte Sozialproblem. Dieses Problem erlangt gerade mit steigendem Wohlstand mehr und mehr Gewicht. Wird dieses Problem nicht gelöst, so wird es zur Quelle einer allgemeinen sozialen Unzufriedenheit werden, ohne daß eine echte materielle Not im Sinne früherer Jahrhunderte vorliegt. Dieses die moderne Wohlstandsgesellschaft besonders kennzeichnende Sozialproblem kann – verallgemeinernd – folgendermaßen skizziert werden:

Der junge Arbeiter von heute wächst in einer Familie heran, in der nach seinem und seiner Geschwister Eintritt in das Berufsleben der Lebensstandard mehr und mehr zunimmt. Zwischen dem 20. und 25. Lebensjahr erreicht dieser Arbeiter gleichzeitig seinen höchstmöglichen Verdienst. Wenn er heiratet, verdient seine Frau ebenfalls. Beide zusammen können sich einen fast als ausreichend empfundenen Lebensstandard leisten, ohne dann allerdings Sparkapital zurücklegen zu können. Mit der Geburt des ersten Kindes und dem Ausscheiden der Ehefrau aus dem Berufsleben reduziert sich jedoch der Lebensstandard dieser Familie schlagartig. In den meisten Fällen dürfte der verbleibende Standard noch immer über den Richtsätzen der Sozialfürsorge liegen. In der Regel liegt kein Elend im ursprünglichen Sinn dieses Wortes vor. Der tatsächlich eingetretene soziale Abfall aber muß von den Betroffenen auf das härteste empfunden werden.

Zweifellos trifft dieses Problem nicht für alle Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise zu. Selbst innerhalb der gleichen Einkommensgruppen trifft dieses Problem die Arbeiterhaushaltungen am

stärksten. In diesen Haushaltungen sind in der Regel beide Ehepartner vor der Geburt des ersten Kindes erwerbstätig. In diesem Bereich besitzt der Ausfall des Einkommens der Ehefrau heute eine besondere Bedeutung, weil gerade Frauenlöhne am stärksten gestiegen sind und in einem stärkeren Ausmaß als früher das gemeinsame Einkommen beeinflussen. Es kommt hinzu, daß der junge Mann schneller als früher das für seinen Beruf höchstmögliche Einkommen erreicht und daher (nach der Geburt des ersten Kindes) kaum noch weitere Aufstiegschancen hat, so daß sein Einkommen nur im Rahmen allgemeiner Tariferhöhungen steigt.

Verstärkt wird dieser mit der Familiengründung zusammenfallende soziale Abstieg aber auch noch dadurch, daß infolge des allgemein höheren Lebensstandards die jungen Leute, solange sie bei ihren Eltern lebten, weniger Geld «zu Hause» abgaben, ein Teil ihrer Ausgaben also aus dem Einkommen der Eltern mitbestritten wurde und sie daher vor der Eheschließung über ein an sich überhöhtes – ihre Lebensgewohnheiten aber prägendes – Einkommen verfügen. Entscheidend ist aber schließlich, daß mit der Vergrößerung der Familie und dem Ausfall eines Einkommens gleichzeitig auch die Grundausgaben für Nahrungsmittel (und meistens auch für Miete) ansteigen und diese Grundausgaben insgesamt die stärkste Teuerung erfuhren. Der für diesen Grundbedarf aufzuwendende Einkommensanteil steigt heute mit der Geburt des ersten Kindes weitaus stärker an als in früheren Zeiten (und er steigt beispielsweise in der Bundesrepublik stärker als in anderen Ländern).

Dieser «Notstand» dauert zwangsläufig über die leistungsfähigsten Jahre des Mannes hinweg an. Er hört erst auf, wenn die Kinder selbst wieder berufstätig werden. Erst im Alter wird kurz vor Erreichung der Pensionsgrenze für eine kurze Zeit eine Vermögensbildung möglich. Man kann fragen, wieso dieser an historischen Maßstäben gemessen immer noch hohe Lebensstandard als soziale Not empfunden wird; warum nicht in der Jugend mehr gespart und zurückgelegt wird. Diese Fragestellung übersieht jedoch ein wesentliches Merkmal unserer Konsumgesellschaft, nämlich die Tatsache, daß der höhere Lebensstandard der ersten kinderlosen Ehe- und vorehelichen Jugendjahre keineswegs als überhöht, sondern als normal und angemessen empfunden wird. Die Gründe für diese Tatsache sind einfach zu erklären:

Durch Reklame und Werbung werden über Funk, Fernsehen, Film und illustrierte Zeitschriften ständig Vorstellungen suggeriert, was «man» kaufen und besitzen muß, damit «man» zeitgemäß lebt. Die Lebensgewohnheiten der finanziell bessergestellten Bevölkerungsgruppen – dazu zählen insbesondere die Selbständigen und in jedem Fall der eigene Arbeitgeber – sind ein lebendes Vorbild für den durch Werbung und Reklame fixierten höheren Lebensstandard. Schließlich trägt die Kenntnis über den Lebensstandard

anderer Völker, in denen auch einfachste Arbeiter ein eigenes Haus und einen eigenen Wagen besitzen, dazu bei, die Möglichkeit unseres technischen Zeitalters als selbstverständlich zu betrachten.

Diese Faktoren bedingen eine Wertung des sozialen Standards, die gleichzeitig zu einer Persönlichkeitswertung wird. Niemand kann sich diesen Wertnormen entziehen, ohne sich nicht gleichzeitig von seiner Umwelt zu isolieren. Die Wirtschaft selbst gibt Milliardenbeträge für die Fixierung dieser Wertnormen aus. In allen westlichen Ländern wird diese Konsumsuggestion durch Steuerbefreiung für Werbekosten von der Allgemeinheit subventioniert.

Versucht man schließlich dieses durch die moderne Gesellschaft selbst geschaffene Leitbild zu quantifizieren, so dürfte es gegenwärtig mindestens einem Monatseinkommen von 1500 DM netto entsprechen. Das Durchschnittseinkommen der Arbeiterhaushaltungen erreicht aber – trotz den großen Fortschritten der letzten zehn Jahre – diese Summe noch nicht einmal zur Hälfte. Daß unter diesen Voraussetzungen die allgemeine Unzufriedenheit nicht größer ist, kann nur dadurch erklärt werden, daß wir uns noch in einer Uebergangsphase befinden, in der die Wertmaßstäbe früherer Perioden noch nachwirken.

Das durch Werbung und Vorbild fixierte soziale Leitbild wird aber mehr und mehr zum Maßstab der sozialen Orientierung. Dabei ist entscheidend, daß die soziale Zufriedenheit nicht von dem sozialen Niveau an sich, sondern von dem Verhältnis zwischen diesem und der gesellschaftlichen Norm abhängt. Es ist ziemlich gleichgültig, wie hoch der soziale Standard absolut ist. Der statistisch ermittelte Lebensstandard des deutschen Arbeiters ist heute fast doppelt so hoch wie vor dem Krieg, er ist ebenso hoch wie in den industriellen Nachbarländern, er ist aber gleichzeitig hinter den noch stärker gestiegenen wirtschaftswunderlichen Normvorstellungen der Bundesrepublik zurückgeblieben. Folgerichtig muß die soziale Unzufriedenheit trotz erhöhter Lebenshaltung zunehmen. Hätte sich der Lebensstandard des Arbeiters nur halb so stark erhöht und wäre der Abstand zum Lebensstandard der gehobenen Gesellschaftsschichten und zu dem gesellschaftlichen Normbegriff kleiner geworden, so hätte die soziale Unzufriedenheit der Masse trotz geringerer Wohlstandsentwicklung sicherlich abgenommen; während die soziale Unzufriedenheit der besitzenden Schichten dann möglicherweise zugenommen hätte!

Die Tatsache, daß die soziale Zufriedenheit nicht mit der objektiven meßbaren Wohlstandssteigerung zunimmt, sondern von der Differenzierung bzw. von der relativen Wohlstandsentwicklung abhängt, stellt ein besonderes Problem der modernen Gesellschaft dar. Ein Marxist könnte sagen, daß sich hier der dialektische Widerspruch des kapitalistischen Systems offenbart, in dem sich gerade in der höchsten Vollendung der kapitalistischen Wohlstandsgesell-

schaft die soziale Unzufriedenheit mit steigendem Wohlstand erhöht. Dieser Widerspruch ist aber keineswegs systembedingt. Auf jeden Fall kann das zu einer Bedrohung dieser Gesellschaftsordnung werdende Uebermaß an sozialen Spannungen auf ein erträgliches Ausmaß reduziert werden.

V

Zu einer Verminderung der sozialen Spannung gehört vor allem eine Verringerung der Einkommensdifferenz. Mit einer Annäherung des Lebensstandards der breiten Masse an den Lebensstandard der «gehobenen» Gesellschaftsschichten wird zweifellos die soziale Spannung gemildert. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik entspricht diesem Ziel.

Die Beschränkung der Werbung auf ein Mindestmaß an notwendigen Marktinformationen dürfte gleichfalls zu einer Minderung der sozialen Spannungen beitragen. Wenn der durch Reklame künstlich geweckte Prestigebedarf seine jetzige Ueberbewertung einbüßt, könnte auch eine objektive Konsumberatung und Marktinformierung zu einer Entspannung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitragen.

Eine soziale Preispolitik, die sich an den Bedürfnissen der Konsumenten orientiert und nicht allein darauf abgestellt ist, die aus einer unzureichenden Strukturpolitik resultierenden Spannungen mit Hilfe überhöhter Preise und Gewinngarantien zu mildern, würde gleichfalls eine starke soziale Beruhigung bewirken.

Zweifellos müßten diese Maßnahmen durch eine großzügige Familienpolitik ergänzt werden. Eine finanzielle Hilfe müßte bereits mit dem ersten Kind voll einsetzen und vor allem die ungleiche soziale Belastung im natürlichen Entwicklungsablauf der Familie ausgleichen, ohne durch künstlich gezogene Wohlfahrtsgrenzen behindert zu werden. Allerdings wäre dazu eine Umstellung von Steuerbefreiungen auf soziale Beihilfen notwendig. Eine weitere Hilfe wäre zweifellos ein größerer Vermögensbesitz in den unteren Einkommensbereichen. Eigenes Vermögen kann dazu beitragen, vorübergehende Belastungen, die versicherungstechnisch kaum abzusichern sind, auszugleichen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die breite Masse die hierfür notwendige Kapitaldecke frühestens nach einer drei bis fünf Generationen andauernden ungestörten Wirtschaftsentwicklung ansammeln kann, wenn nicht gesetzliche «Umverteilungsmaßnahmen» ergriffen werden.

Selbstverständlich erfordern diese Maßnahmen ihre Ergänzung in einer aktiven Wirtschaftspolitik, die konjunkturelle und strukturelle Störungen vermeidet; denn strukturelle Spannungen werden durch diese Maßnahmen, die die sozialen Spannungen beseitigen können, keineswegs gemildert, sondern eher noch verstärkt.

So ist schließlich auch mit steigendem Wohlstand die Beibehaltung und Verbesserung der bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen ebenso wie der weitere Ausbau der allgemeinen Sozialversicherung erforderlich. Derartige kollektive Sozialmaßnahmen sind geradezu eine Voraussetzung dafür, daß die weitere Wohlstandssteigerung auch als sozial befriedigend empfunden wird. Die Nichtbewältigung dieses Problems dürfte das Schicksal unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung besiegeln. Wenn eine kurzfristige, auf den Prestigevorsprung der eigenen Gruppe abgestellte Interessenpolitik die mögliche Lösung dieses Problems behindert, werden sich unabhängig von den ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten unseres Systems andere gesellschaftliche Ordnungsprinzipien durchsetzen. Die Lösung der sozialen Frage bleibt auch in einer Ueberflußgesellschaft das gesellschaftliche Kriterium für die jeweilige gesellschaftliche Ordnung.

Rudolf Henschel, Düsseldorf

Der «Freie Deutsche Gewerkschaftsbund» in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands

Durch den kürzlichen Briefwechsel zwischen dem Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat *Hermann Leuenberger*, und dem Vorsitzenden des «Freien» Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) der sowjetischen Besetzungszone Deutschlands (SBZ), *Herbert Warnke*, ist diese Organisation mehr ins Blickfeld der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung gerückt worden. Der nachfolgende Artikel zeigt, was der FDGB *wirklich ist*.

I. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs

Rund hundert Jahre sind vergangen, seit die deutsche Arbeiterschaft begonnen hat, sich zur gemeinsamen Wahrung ihrer Interessen zusammenzuschließen. Nicht nur, daß die innenpolitischen Verhältnisse zur Zeit des Hochkapitalismus derartigen Bestrebungen feindselig gesonnen waren; die Gewerkschaftsbewegung zersplitterte schon in den ersten Anfängen. Es kam zu einer Trennung in Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften (die in der Bundesrepublik auch heute noch besteht), zu rivalisierenden Vereinigungen innerhalb der Arbeitergewerkschaften: «freie Gewerkschaften», «christliche Gewerkschaften» und «demokratisch freiheitliche Gewerkvereine» (Hirsch-Duncker). Ihre erste große Stunde schlug den Gewerkschaften nach dem Ersten Weltkrieg, als die Weimarer